



Niedersächsische Schulgesetznovelle erzürnt die Gemüter

Die geplante Schulgesetznovelle in Niedersachsen erzürnt die Gemüter und die Aufregung darüber ist verständlich. Sie wird als „Bildungschancen-Gesetz“ deklariert, in Wahrheit ist darin die Absicht verborgen, langsam und unauffällig die Einheitsschule einzuführen und damit das Gymnasium sowie alle anderen eigenständigen Schularten zu opfern. Ein Gesetz, in dem Schulträger von der Pflicht befreit werden sollen, „neben der Gesamtschule noch Schulen des gegliederten Schulwesens vorzuhalten“*, ist kein „Bildungschancen-Gesetz“. Die in der Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen zusammengeschlossenen Verbände und Persönlichkeiten haben immer wieder darauf hingewiesen, dass Gemeinschafts- bzw. Einheitsschulen weder für leistungsschwächere noch für leistungstärkere Schülerinnen und Schüler Vorteile und Lernzuwächse schaffen.

Durch solche Gesetzesentwürfe wird, vermeintlich legitim, die Einheitsschule scheinweise vorbereitet. Die dahinterstehende Strategie ist eine massive Täuschung vor allem unserer Eltern. Zuerst werden meist unter dem Mäntelchen der demographischen Entwicklung Schulen zusammengelegt, Gesamtschulen neu gegründet und massiv bevorzugt. Dann werden, mit Sozialromantik und angeblicher Gerechtigkeit, verklärt Leistungsanforderungen abgebaut, keine Noten mehr gegeben und das Wiederholen einer Jahrgangsstufe abgeschafft. Es darf kein Abschulen mehr erfolgen, Schullaufbahneempfehlungen dürfen nicht mehr ausgesprochen werden* und dann wird auch noch völlig falsch verstandener inklusiver Unterricht dekretiert, indem unsere ausgezeichneten Förderschulen abgeschafft werden sollen.

Im Namen der „Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen“ appelliert die Vorsitzende Ingrid Ritt an alle in der Schul- und Bildungspolitik Verantwortlichen für ein leistungsfähiges, hoch differenziertes Schulwesen einzutreten. „Zeigen Sie endlich den Mut, die Dinge beim Namen zu nennen und den Schwindel aufzudecken. Haben Sie endlich den Mut, die riskante Fahrt zur Einheitsschule anzuhalten und auf die Gefahren ideologischer Schulpolitik für die Länder hinzuweisen. Unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen!“

*(Niedersächsisches Kultusministerium: Das neue Schulgesetz – Ein Bildungschancen-Gesetz, Überblick über die wichtigsten Änderungen zum Schuljahr 2015/2016 vom 04.11.2014)

Ingrid Ritt
Bundesvorsitzende